

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Filtererlass für große Schweinehaltungsanlagen, (Drs. 17/874)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor kurzem gab es hier im Landtag eine Petition aus der Gemeinde Hohenthann gegen eine große Schweinemastanlage. Die Mitglieder des Petitionsausschusses können sich vielleicht noch daran erinnern. Diese Petition war beispielhaft für den Umgang der Behörden mit Anwohnern von solchen Mastanlagen. Die Petition wurde übrigens zurückgewiesen.

Die Belastung der Nachbarn mit Gestank liegt bereits weit über dem gültigen Grenzwert. In diesem Dorf darf kein Wohnhaus mehr gebaut werden, weil die Geruchsbelastung zu hoch ist. Trotzdem wurde ein weiterer Stall mit 2.500 Mastplätzen genehmigt. Das ist leider kein Einzelfall. In der Gemeinde Hohenthann kommen auf 3.500 Einwohner etwa 70.000 Schweinemastplätze. Dass diese Konzentration zu einer massiven Belästigung der Bevölkerung führt, ist eigentlich logisch. Wäsche im Freien zu trocknen, ist quasi unmöglich. Besucher auf der Terrasse zu bewirten, ist immer ein Risiko und nur in Ausnahmefällen möglich. Trotzdem wird der Bau immer weiterer Mastställe beantragt und genehmigt.

Nun heißt es immer, die Behörden könnten nichts dagegen machen, weil die gesetzlichen Regelungen nicht ausreichen. Auch im Petitionsausschuss herrschte durchaus Verständnis für die Situation der Anwohner, aber es wurde gesagt, man könne nichts machen. Das stimmt nicht. Bayern könnte etwas dagegen unternehmen. Bayern könnte einen Abluftfilter für große Schweinemastanlagen anordnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum tun wir es nicht? Wir wären auch nicht die Ersten, die dies anordnen. Gerade die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die sehr stark durch Schweinemastanlagen belastet sind, haben diesen Filtererlass vor einiger Zeit ausgesprochen. Auch Schleswig-Holstein ist auf dem besten Weg dorthin.

Nun heißt es immer, diese Anlagen seien nicht ausgereift. Das stimmt nicht. Diese Anlagen entsprechen durchaus dem Stand der Technik. Inzwischen gibt es elf verschiedene zugelassene Systeme von neun verschiedenen Herstellern. Es ginge also bereits. Übrigens beseitigen diese Filter auch einen Großteil der Keime aus der Abluft. Sie wissen genau, dass es bei uns große Probleme mit multiresistenten Keimen gibt. Sie kommen zum Teil auch aus der Tiermast. Die Anwohner äußern bei

uns immer wieder die Sorge, dass sie mit diesen Keimen belastet werden könnten. Auch diesen Ängsten könnten wir mit einem Filtererlass begegnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicher werden Sie mir jetzt antworten, dass solche Filter auf alle Fälle mit Kosten für die Landwirte verbunden sind. Das ist richtig. Erstens trifft dieser Erlass nur die wirklich großen Betriebe mit über 2.500 Schweinen. Das sind nach meiner Rechnung etwa 5 % der Schweinehalter. 95 % der Betriebe wären von dem Filtererlass gar nicht betroffen. Das sind genau die kleinen und mittleren Betriebe. Wir wollen doch alle die bäuerliche Landwirtschaft mit ihrer kleinstrukturierten Art erhalten. Oder etwa nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch der Herr Ministerpräsident möchte das.

Zweitens haben wir einen Antrag eingebracht, bei der einzelbetrieblichen Förderung genau diese Umweltmaßnahmen in den Förderkatalog aufzunehmen; denn bisher werden einige Maßnahmen gefördert, aber genau das, was wichtig und richtig wäre, kann nicht gefördert werden. Sie haben doch auch sonst kein Problem damit, dass Stallbauten bis zu 35 % gefördert werden. Warum also nicht auch einmal eine Förderung für den Frieden auf den Dörfern? - Stimmen Sie einfach beiden Anträgen zu, und schon wird ein Schuh draus und allen ist geholfen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt ansprechen. Es gibt die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz. Diese hat bereits im März 2013 entschieden, dass bei großen Schweinehaltungsanlagen Abluftreinigungsanlagen Stand der Technik sind. Die betroffenen Landwirte werden also früher oder später nachrüsten müssen. Eigentlich ist das nur noch eine Frage der Zeit. Nachzurüsten – das wissen Sie alle – ist immer teurer, als diese Anlagen gleich beim Bau zu installieren.

Außerdem wird derzeit die EU-Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen novelliert. Deutschland hat, wie Sie vielleicht auch wissen, ein massives Problem mit Ammoniak. Auch dadurch wird es Druck auf die Landwirtschaft geben, weil Ammoniak in erster Linie in der Landwirtschaft freigesetzt wird. Das wird also kommen. Die Frage ist nur, wann. Wir plädieren dafür, das gleich zu klären, dann gibt es Planungssicherheit. Gehen wir einen Schritt voran, schaffen wir Planungssicherheit für die Landwirte und sorgen wir gleichzeitig für den Frieden auf den Dörfern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank. (Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. ...

...

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich habe noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Staatsminister, eines wundert mich schon: Bayern ist sonst immer so stolz darauf, einen eigenen Weg zu gehen. Bayern betont immer, etwas Besonderes zu sein. Aber jetzt, wo es darum geht, etwas für den Schutz der Bevölkerung zu tun, gibt es auf einmal keinen bayerischen Sonderweg. Hier warten wir, bis alle anderen etwas tun - wobei das gar nicht stimmt. Diese beiden Bundesländer, in denen es große Probleme gibt, haben bereits etwas getan. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie diesen bayerischen Sonderweg nicht gehen wollen.

Ich habe noch eine Frage: Sie haben gesagt, alle Ställe seien genehmigt. Die Behörden arbeiteten. Alles funktioniere wunderbar. Wir haben Dörfer, bei denen es an 37 % der Jahreswochenstunden Gestank gibt. Wenn wir den Winter wegrechnen, herrscht dieser Gestank fast durchgängig. Welche Möglichkeiten gibt es hier? Die Leute in den Orten, wo die Belastung über die Maßen groß ist, hören von den Behörden nur, dass die Anlagen Bestandsschutz genießen und sie diese Belastung aushalten müssten. So kann es nicht weitergehen.

Herr Kollege Dr. Herz, ich lade Sie gerne einmal in den Landkreis Landshut ein, wenn Sie mir nicht glauben, dass es dieses Problem gibt. Bei Ihnen ist das vielleicht so. Bei uns gibt es dieses Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich habe bereits ausgeführt, dass wir uns auf der Basis der ausgearbeiteten Gutachten erneut um dieses Thema kümmern werden. Dazu müssen diese Gutachten aber erst einmal da sein. Im Übrigen sind wir große Föderalisten. An Niedersachsen und Nordrhein- Westfalen nehmen wir uns kein Beispiel.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache 17/1739 die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Vielen Dank. Damit bleibt es bei der **Ablehnung des Antrags**.